

Rüsselsheim, den 06.11.2019

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

vom Donnerstag, den 24.10.2019 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 Genehmigung der letzten Niederschrift

Gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung werden keine Einwände erhoben. Sie wird einstimmig genehmigt.

TOP 2 Anträge zur Verweisung

Die nachfolgend aufgeführten und beigefügten Anträge werden einstimmig an den Magistrat und die zuständigen Ausschüsse zur weiteren Bearbeitung verwiesen:

- a) Antrag der SPD-Fraktion vom 16.09.2019 – Antrag Nr. 56 – Hessische Mainauen – Umwidmung von Flächen von Schutzzone I in Schutzzone II
- b) Antrag der SPD-Fraktion vom 19.09.2019 – Antrag Nr. 57 – Ersatz für Pavillon an der Grundschule Königstädten
- c) Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und FW/FNR vom 29.09.2019 – Antrag Nr. 58 – Investitionsprogramm Invest.Nr. 04033700AG Neugestaltung Vorfeld Opelvillen und Festung
- d) Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und FW/FNR vom 06.10.2019 – Antrag Nr. 59 – Gelbe Tonnen statt Gelbe Säcke
- e) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.09.2019 – Antrag Nr. 60 – Errichtung von Neubauten als Passivhäuser
- f) Antrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2019 – Antrag Nr. 61 – Konzept für die künftige Nutzung von Überhangflächen auf den Rüsselsheimer Friedhöfen
- g) Antrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2019 – Antrag Nr. 62 – Gesetzliche Regelung zur Berücksichtigung der Kosten des Betriebes eines kommunalen Krankenhauses in der Kreisumlage
- h) Antrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2019 – Antrag Nr. 63 – Bericht über Unfallschwerpunkte an Rüsselsheimer Straßenkreuzungen
- i) Antrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2019 – Antrag Nr. 64 – Ertüchtigung der sanitären Anlagen und Umkleiden im Stadion am Sommerdamm
- j) Antrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2019 – Antrag Nr. 65 – Bericht über die dreimonatige Videoüberwachung am Bahnhofsplatz und Konzept über die Installierung einer Videoüberwachung in Rüsselsheim am Main

- k)** Antrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2019 – Antrag Nr. 66 – Bericht über die mögliche Schaffung horizontaler und vertikaler innerstädtischer Nachverdichtung
- l)** Antrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2019 – Antrag Nr. 67 – Begrünung von Dächern der Bushaltestellen in Rüsselsheim am Main
- n)** Antrag der Fraktionen WsR vom 15.10.2019 – Antrag Nr. 69 – Aktionsplan Waldschwimmbad
- o)** Antrag der Fraktion WsR vom 15.10.2019 – Antrag Nr. 70 – Einrichtung einer Kita für Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter am GPR
- q)** Antrag der Fraktion WsR vom 15.10.2019 – Antrag Nr. 72 – Beteiligung am Projekt des Kreises zur Umstellung des ÖPNV auf Brennstoffzellen-Busse

Protokollnotiz:

Die Anträge zur Verweisung:

- m)** Antrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2019 – Antrag Nr. 68 – „Einheimischenmodell“ für Grundstücke im Besitz der Stadt Rüsselsheim am Main und
- p)** Antrag der Fraktion WsR vom 15.10.2019 – Antrag Nr. 71 – Ökoquartier Eselswiese

werden in die nächste Stadtverordnetenversammlung am 21.11.2019 verschoben.

TEIL I

**TOP 3 Berichtswesen gemäß Schutzschirmgesetz (SchuSG) zum 30.08.2019
- Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 592/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht gemäß Schutzschirmgesetz (SchuSG) zum 30.8.2019 – DS 592/16-21 – zur Kenntnis.

**TOP 4 Gerhart-Hauptmann-Schule, Sanierung der 3-Feldsporthalle
hier: Erhöhung Projektbudget
Bezug: Bericht zur Kostenüberwachung von größeren Projekten,
2. Quartal
DS-Nr. 580/16-21
DS-Nr. 597/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die DS 597/16-21 – Gerhart-Hauptmann-Schule, Sanierung der 3-Feldsporthalle; hier: Erhöhung Projektbudget; Bezug: Bericht zur Kostenüberwachung von größeren Projekten, 2. Quartal, DS-Nr. 580/16-21 – zur Kenntnis, gemäß Beschlussempfehlung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses.

**TOP 5 Fortschreibung des Kulturprofils
-Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 596/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die DS 596/16-21 – Fortschreibung des Kulturprofils – zur Kenntnis, gemäß Beschlussempfehlung des Kultur-, Schul- und Sportausschusses.

**TOP 6 Jahresabschluss 2016
DS-Nr. 594/16-21**

Zur DS 594/16-21 – Jahresabschluss 2016 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffer A.1. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. bis B.3. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 7 Eigenbetrieb Kultur123 Stadt Rüsselsheim - Jahresabschluss 2018
DS-Nr. 587/16-21**

Zur DS 587/16-21 – Kultur123 Stadt Rüsselsheim; Jahresabschluss 2018 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffer A. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Kultur-, Schul- und Sportausschusses.

**TOP 8 Vorfinanzierung der Gemeinwesenarbeit über das
Quartiersmanagement in der Innenstadt
DS-Nr. 595/16-21**

Zur DS 595/16-21 – Vorfinanzierung der Gemeinwesenarbeit über das Quartiersmanagement in der Innenstadt – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.5. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B.1. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses.

**TOP 9 Antrag - Kein Einsatz von Glyphosat auf Flächen der Stadt
Rüsselsheim
hier: Bericht
Bezug: Antrag Nr. 38 der WsR-Fraktion vom 29.01.2019 und
Haushaltsbegleit Antrag Nr. 23-5 der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die
Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und FWR/FNR vom 04.02.2019
DS-Nr. 589/16-21**

Auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses beschließt die Stadtverordnetenversammlung die DS 589/16-21 einstimmig wie folgt:

A. Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass bereits im Jahr 2015 das Bundesland Hessen die Verwendung von Glyphosat auf kommunalen Flächen verboten hat bzw. den Einsatz nur mit Ausnahmegenehmigung für max. 3 Jahre erteilt. Nach dem Auslaufen der Ausnahmegenehmigungen im Sommer 2018 werden keine Genehmigungen mehr erteilt. Insofern wird auf öffentlichen Flächen bereits heute kein Glyphosat eingesetzt.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die mit der Stadt verbundenen Gesellschaften ebenso auf den Einsatz von Glyphosat verzichten.

B. Beschluss

1. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, beim Abschluss bzw. bei der Verlängerung von Pachtverhältnissen für städtische landwirtschaftliche Flächen den Verzicht auf den Einsatz von Glyphosat bzw. glyphosathaltigen Mitteln festzuschreiben.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, umfassende Informationen für private Verbraucherinnen und Verbraucher zum Verzicht auf Glyphosat und auf Pestizide (Insektizide, Herbizide, Fungizide) z. B. auf der Homepage der Stadt zur Verfügung zu stellen.
3. Der Antrag gilt als erledigt.

TOP 10 Einführung eines Mitarbeitenden-Tickets für die Stadtverwaltung Rüsselsheim Bezug: DS 397/16-21 - Personalgewinnung und -bindung im Kitabereich DS-Nr. 593/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 593/16-21 – Einführung eines Mitarbeitenden-Tickets für die Stadtverwaltung Rüsselsheim; Bezug: DS 397/16-21 – Personalgewinnung und –bindung im Kitabereich – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses.

TEIL II

TOP 11 Weitere Nutzungsmöglichkeiten für das Stadttheater Bezug: Haushaltsbegleitantrag Nr. 22 der Fraktion FWR/FNR vom 04.02.2019 DS-Nr. 588/16-21

Zur DS 588/16-21 liegt der beigefügte Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 23.10.2019 vor.

Im Laufe der Diskussion zieht die CDU-Fraktion ihren Änderungsantrag formal zurück.

Zur DS 588/16-21 – Weitere Nutzungsmöglichkeiten für das Stadttheater; Bezug: Haushaltsbegleitantrag Nr. 22 der Fraktion FWR/FNR zum Haushaltsplanentwurf 2019 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.3. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B. mit 34 Ja-Stimmen bei 7 Nein-Stimmen und 2 Stimm-Enthaltungen, gemäß Beschlussempfehlung des Kultur-, Schul- und Sportausschusses.

Protokollnotiz:

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 23.10.2019 wird wie beigefügt zu Protokoll genommen und für künftige Beratungen zu dem Thema mit herangezogen.

TOP 12 Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 11.09.2019 - Besetzung der AG Dialog Schulentwicklung

Es liegt ein aktualisierter Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 23.10.2019 „Besetzung der AG Dialog Schulentwicklung“ vor, der den Antrag vom 11.09.2019 ersetzt. Der aktualisierte Antrag ist dem Protokoll in der Anlage beigefügt.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 23.10.2019 – Besetzung der AG Dialog Schulentwicklung:

Der Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

*„In die Arbeitsgruppe „Dialog Schulentwicklung“ werden mit Wirkung zum nächsten Treffen Arbeitnehmervertreter*innen (je eine Vertreterin/ein Vertreter der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Kreisverband Groß-Gerau und des Hessischen Philologenverbands) aufgenommen.“*

wird mit 38 Nein-Stimmen bei 5 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

TOP 13 Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und des Herrn Stadtv. Adnan Dayankac vom 14.10.2019 - "Sicherer Hafen" Rüsselsheim

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und des Herrn Stadtv. Adnan Dayankac vom 14.10.2019 – „Sicherer Hafen“ Rüsselsheim“ vor.

Abstimmung über den Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und des Herrn Stadtv. Adnan Dayankac vom 14.10.2019:

Der Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und des Herrn Stadtv. Adnan Dayankac:

„Die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim

*a) verurteilt die zunehmende Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung und alle juristischen und politischen Initiativen, mit denen Aktivist*innen daran gehindert werden sollen, Menschen in Seenot vor dem Ertrinken zu retten.*

b) beschließt, dass der Magistrat die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicherstellt.

c) fordert die hessische Landesregierung auf, über eine Bundesratsinitiative zu einer Bund-Länder-Vereinbarung für eine direkte Aufnahme von aus Seenot Geretteten von Bord in die aufnahmewilligen Kommunen und Gemeinden zu kommen. Die Aufgenommenen sollen dabei rechtlich und finanziell gleichgestellt werden und den Zugang zu einem fairen, rechtsstaatlichen Asylverfahren erhalten.

d) beschließt, dass die Stadt Rüsselsheim am Main dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ beitrifft und die „Potsdamer Erklärung“ unterzeichnet, mit dem die Kommunen ihre Bereitschaft erklären, die aus Seenot Geretteten zusätzlich aufzunehmen.“

wird mit 23 Ja-Stimmen bei 13 Nein-Stimmen und 6 Stimm-Enthaltungen **beschlossen**.

TOP 14 Antrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2019 - Verbindlicher Zeitplan zur Vorlage des Sportentwicklungsplanes sowie der Fortschreibung der Richtlinien zur Sportlerehrung

Es liegt der beigefügte Antrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2019 – Verbindlicher Zeitplan zur Vorlage des Sportentwicklungsplanes sowie der Fortschreibung der Richtlinien zur Sportlerehrung vor.

Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2019 – Verbindlicher Zeitplan zur Vorlage des Sportentwicklungsplanes sowie der Fortschreibung der Richtlinien zur Sportlerehrung:

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2019:

- „1. Der Magistrat legt unverzüglich einen verbindlichen Zeitplan zur Vorlage des Sportentwicklungsplanes sowie der Fortschreibung der Richtlinien zur Sportlerehrung vor.
2. Der Magistrat berichtet in einer eigenständigen Drucksache, in welchem Zustand sich die Rüsselsheimer Sport- und Fußballplätze befinden und wann diese in Zukunft saniert bzw. erneuert werden müssen.“

wird einstimmig **beschlossen**.

TOP 15 Antrag der Fraktion WsR vom 15.10.2019 - Übergreifende ÖPNV-Initiative im Rhein-Main-Gebiet zur Einführung eines 365-Euro Tickets

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion WsR vom 15.10.2019 „Übergreifende ÖPNV-Initiative im Rhein-Main-Gebiet zur Einführung eines 365-Euro Tickets“ vor.

Herr Stadtv. Sert beantragt Einzelabstimmung zu den beiden Punkten des Antrages.

Herr Stadtv. Tollkühn gibt zu Protokoll, dass der Magistrat berichten soll, sobald es etwas Neues in der Sache gibt.

Nach eingehender Diskussion einigt sich die Stadtverordnetenversammlung darauf, über den Antrag nicht abzustimmen sondern diesen zu Protokoll zu nehmen und den Magistrat aufzufordern in der Angelegenheit zu berichten, sobald sich in der Sache etwas Neues ergibt.

Protokollnotiz:

Herr Stadtv. Kraft erklärt, dass die Schreiben der Geschäftsführung des RMV vom 15.10.2017 an Herrn Bundesminister Andreas Scheuer und vom 17.10.2019 an ihn zu dem Thema „Klimaschutzziele im Verkehrsbereich“ dem Protokoll als Anlage beigefügt werden.

TOP 16 Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 15.10.2019 - Situation bei PSA/Opel und Zulieferfirmen

Es liegt ein Resolutionsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität in überarbeiteter Form vom 24.10.2019 zur Situation bei PSA/Opel und Zulieferfirmen vor, der in der Anlage beigefügt ist und den Antrag vom 15.10.2019 ersetzt.

Abstimmung über den Resolutionsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 24.10.2019 – Situation bei PSA/Opel und Zulieferfirmen:

Der Resolutionsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

„Die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim am Main unterstützt die Resolution von Bürgermeistern des Kreises Groß-Gerau, des Landrats und von Bundes- und Landtagsabgeordneten mit der Kritik am PSA-Konzern und der Opel-Geschäftsleitung.

Insbesondere kritisiert die Stadtverordnetenversammlung:

- *Die Nichterfüllung der Opel-Tarifverträge, in denen sich PSA/Opel zu Investitionen in den Erhalt von Betrieb und Beschäftigung verpflichtet.*
- *Das Ignorieren des Betriebsrats-Widerspruchs bei den Mitarbeiterversetzungen in Vorbereitung des Betriebsübergangs zu Segula und damit das Umgehen des im November angehenden Arbeitsgerichtstermins durch die Geschäftsleitungen von PSA/Opel durch den bereits vollzogenen Verkauf.*
- *Die Kündigung von Mitarbeitern, die dem Betriebsübergang widersprochen haben.*

Ein Umgehen der Gerichtsbarkeit, indem beim Betriebsübergang Fakten geschaffen wurden, ehe sich Gerichte mit den Fällen befassen konnten, verurteilen wir. Ebenso wie den Tabubruch, betriebsbedingte Kündigungen auszusprechen. Opel hat jahrzehntelang Krisen bewältigt, ohne zu diesem Mittel greifen zu müssen – und auch wäre dies nicht notwendig.

Mit größter Besorgnis sieht die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim auch die Auswirkungen des Schrumpfungsprozesses bei Opel auf Zulieferer und deren Subunternehmen. Die Geschäftsleitungen dieser Unternehmen nutzen die Situation aus, um massiven Druck auf die Belegschaften auszuüben und massiv Stellen zu kürzen. So beim Sitzhersteller Lear und beim Logistikunternehmen SCR Rhenus. Aber auch weitere Unternehmen, wie die Logistikfirma Trans-o-Flex nehmen sich bei der Schließung des Distribution 44-Standorts in Bischofsheim ein Vorbild an den gegenüber den Beschäftigten rüden und rücksichtslosen Methoden.

Die Beschäftigten und Betriebsräte in diesen Unternehmen sind häufig in einer noch geschwächeren Position als diejenigen bei Opel selbst, stehen nicht so im medialen Interesse und sind daher von sozialem Absturz unmittelbarer bedroht.

Angesichts dieser Situation und der ständigen Versuche der Unternehmen und ihrer Verbände, tarifvertragliche und gesetzliche Schutzregeln für die Beschäftigten zu umgehen, bekräftigt die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim ihre Solidarität mit der Gegenwehr der Beschäftigten, ihrer Betriebsräte und Gewerkschaften und mit deren Forderungen an den Gesetzgeber, die unzureichenden gesetzlichen Schutzmechanismen deutlich zu verbessern.

wird mit 21 Ja-Stimmen bei 13 Nein-Stimmen und 3 Stimm-Enthaltungen **beschlossen**.

**TOP 17 Grundsatzbeschluss für die Übernahme von Ausfallbürgschaften zu Gunsten der GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim gemeinnützige GmbH
DS-Nr. 591/16-21**

Zur DS 591/16-21 – Grundsatzbeschluss für die Übernahme von Ausfallbürgschaften zu Gunsten der GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim gemeinnützige GmbH – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.6. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B. 7. mit 40 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme, gemäß Beschlussempfehlung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses.

TOP 18 Anfragen und Mitteilungen

Herr Stadtrat Kraft spricht eine Äußerung in der örtlichen Presse des Herrn Stadtv. Ohlert bezüglich der Sportstättenfinanzierung an. Er teilt mit, dass er im Internet nach Vergleichen zu Sportstättenneubauten in der bisherigen Dimension von 5,2 Mio. € in 2016/2017 gesucht hat. So erfolgte eine Ausschreibung in Dresden im Jahre 2019 in Höhe von 5,1 Mio. €. Die Stadt Langenhagen hat eine Halle mit Mehrzweckfunktion im Jahre 2017 für 10 Mio. € ausgeschrieben. Die Stadt Heppenheim hat eine Dreifeldsporthalle mit Umkleidekabinen für den Außenbereich für 5,5 Mio. € netto ausgeschrieben.

Der von ihm genannte Betrag von 1,9 Mio. € passt nicht in dieses Gefüge.

Herr Stadtv. Ohlert erklärt, dass ihm ein weiteres Angebot in Höhe von 1,9 Mio. € hinsichtlich eines Sportstättenneubaues vorliegt. Dies sei immer noch günstiger als die bisherigen Planungen. Dies habe er auch im Fachausschuss mitgeteilt,

Herr Stadtv. Vogt teilt mit, dass bei Aushubarbeiten für das Terminal 3 in Frankfurt festgestellt wurde, dass die ausgehobene Erde stark mit Chemikalien belastet ist. Deutschlandweit gibt es keine Kapazitäten, um diese kontaminierte Erde zu lagern. Der Aushub soll nun in Mörfelden-Walldorf, an der Gemarkungsgrenze zu Rüsselsheim deponiert werden.

Herr Stadtv. Vogt bittet darum, im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss zu berichten, wie der Kreis damit umgeht und inwieweit Rüsselsheim betroffen ist.

Herr Stadtv. Walczuch fragt, wie der Finanzierungsbedarf der Baugebiete „Eselswiese“ und „Quartier im Ostpark von den Stadtwerken gestemmt werden.

Herr Oberbürgermeister Bausch teilt hierzu mit, dass sich der Aufsichtsrat der Stadtwerke mit dem Thema befassen wird.

Herr Stadtrat Kraft teilt mit, dass die DS 615/16-21 – Bebauungsplanverfahren Nr. 147 „Eselswiese“ – auf Grund ihres Umfangs über 2 Sitzungsrunden beraten werden sollte. Die Vorlage sei zwar auf Grund ihres Inhaltes zur Durchführung des städtebaulichen Wettbewerbs als nichtöffentliche DS deklariert, könne aber öffentlich diskutiert werden. Auch Anträge zur DS könnten öffentlich gestellt werden. Die DS 615/16-21 könnte dann in der November-Runde im Rahmen einer 1. Lesung behandelt und in der Sitzungsrunde Dezember beschlossen werden.

Herr Stadtrat Kraft bittet darum, nach Möglichkeit verschiedene Anträge mit gemeinsamer Essenz zusammen zu fassen.

Herr Oberbürgermeister Bausch teilt mit, dass die Website der Stadt Rüsselsheim angegriffen und vom Netz genommen werden musste. Derzeit wird mit Hochdruck daran gearbeitet, den Fehler zu beheben. Zwischenzeitlich erfolgte ein weiterer Angriff auf den städtischen Server. Es wurden jedoch keine Daten abgegriffen.

Herr Stadtv. Heil erklärt, dass am 30.08.2019 auf dem Schulhof einer Rüsselsheimer Schule mit einem Softair-Gewehr geschossen wurde. Er fragt, wie damit umgegangen wird.

Herr Oberbürgermeister Bausch antwortet, dass die Vorgehensweise bei solchen Vorkommnissen besprochen und geklärt werden muss, wie gegengesteuert werden kann.

Herr Stadtv. Walczuch fragt nach dem Sachstand des Projektes „Clever City“.

Frau Stadträtin Flörsheimer teilt mit, dass man kurz vor dem Abschluss stehe und eine entsprechende Präsentation im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss plane.

Die Frage nach der nächsten interkommunalen Sitzung der Stadtverordnetenversammlungen Raunheim, Kelsterbach und Rüsselsheim wird von Herrn Stadtv. Vorsteher Grode beantwortet. Er teilt mit, dass dies Thema im Ältestenrat war. Eine interkommunale Stadtverordnetenversammlung zum Thema Städteservice AöR könnte in naher Zukunft stattfinden.

Herr Stadtv. Vorsteher Grode erinnert nochmals an die für Donnerstag, den 31.10.2019 terminierte Bürgerversammlung zu dem Thema „Bezahlbarer Wohnraum in Rüsselsheim am Main“ und bittet um rege Teilnahme.



Büro Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Frau Breunig
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim am Main



Rüsselsheim, den 16.09.2019

Antrag zur Verweisung

Hessische Mainauen – Umwidmung von Flächen von Schutzzone I in Schutzzone II

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat auf das Land bzw. das Regierungspräsidium zugeht, mit dem Ziel der Umwidmung von Teilflächen der Mainwiesen, die heute für Veranstaltungen wie die Klassikertage und den Love Family Park genutzt werden, von der Schutzzone I in die Schutzzone II.

Der Magistrat prüft ob durch eine Aufwertung von Flächen im Mainvorland östlich und westlich der „Veranstaltungszone“ ein Biotopsausgleich für die Rückstufung der Teilfläche in die Schutzzone II erfolgen kann.

Begründung:

Die Flächen am und um den Landungsplatz werden seit langem als Naherholungs- und Veranstaltungsfläche in das Bewusstsein der Bevölkerung gerückt und die Flächen werden inzwischen auch als solche wahrgenommen.

Der Nutzung dieser Flächen insbesondere als Veranstaltungsfläche stehen jedoch die rechtlichen Rahmenbedingungen, die sich aus der Einordnung als Schutzzone I gemäß der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Mainauen“ ergeben, entgegen.

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Mainauen“ vom 20. Juli 1987 wurde in der Vergangenheit immer wieder überarbeitet und Teilflächen umgewidmet. So wurden z.B. im Juni 2017 mit der Dreizehnten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Hessische Mainauen“ Teilflächen von der Schutzzone I in die Schutzzone II umgewandelt. Es gilt zu prüfen, ob eine Umwidmung der Teilflächen aus naturschutzrechtlicher Sicht möglich ist.

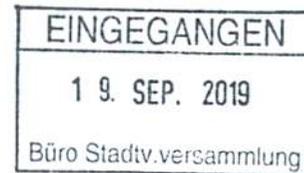
A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'S. Boukayeo'.

Sanaa Boukayeo
SPD-Fraktionsvorsitzende



Büro Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Frau Breunig
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim am Main



Rüsselsheim, den 19.09.2019

Antrag zur Verweisung

Ersatz für Pavillon an der Grundschule Königstädten

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass bis zur endgültigen Entscheidung zur Sanierung und Erweiterung der Grundschule, ein Ersatz für den maroden Pavillon geschaffen wird. Der Magistrat ist aufgefordert Vorschläge zur Umsetzung vorzulegen.

Begründung:

Der Schulpavillon an Grundschule Königstädten ist in keinem guten Zustand und es müsste in diesen investiert werden, damit dort weiterhin unterrichtet werden kann. Es stellt sich daher die Frage, ob nicht die Schaffung einer neuen Lösung sinnvoller ist. Neue Schulcontainer könnten die sinnvollere Lösung sein. Zudem könnten so eventuell zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'S. Boukayeo'.

Sanaa Boukayeo
SPD-Fraktionsvorsitzende



Büro Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Frau Breunig
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim



29.09.2019

Antrag zur Verweisung

Investitionsprogramm Invest.Nr. 04033700AG Neugestaltung Vorfeld Opelvillen und Festung

Beschluss

Der Magistrat wird aufgefordert, eine Planung des Vorfelds der Opelvillen und der Festung unter folgenden Planungsprämissen vorzulegen:

1. Vorsichtige Instandsetzung im Bestand, die heutige Grundstruktur bleibt erhalten. Verzicht auf Absenkungen des Rasenspiegels, Verzicht auf Stützmauern oder sonstige Aufbauten.
2. Erhalt des Baumbestandes.
3. Die östlichen Parkplätze an den Opelvillen entfallen zu Gunsten von Fahrradabstellmöglichkeiten
4. Der Belag der Umfahrung der Opelvillen wird erneuert und einheitlich gepflastert.
5. Der Hauptmann-Scheuermann-Weg wird in seinem Belag unterbrechungsfrei als Zuwegung zur Festung ausgebaut.
6. Der teilweise gepflasterte Fußweg wird bis zur Umfahrung gepflastert.
7. Der heutige Mülltonnenabstellplatz wird eingefasst.
8. Es werden ausreichend Fahrradabstellplätze geschaffen.
9. Die ausreichende Ausleuchtung des Gesamtareals wird sichergestellt. Sollten weitere Beleuchtungspunkte notwendig sein, ist auf einheitliche Leuchten zu achten.
10. Es ist zu gewährleisten, dass Ecke Ludwig-Dörfler-Alle/Hauptmann-Scheuermann-Weg eine Sichtachse zur Festung besteht. Gegebenenfalls sind Bäume entsprechend zurückzuschneiden.
11. Restaurierung des Seerosenbeckens und Aufstellen des Brunnens an seinem bisherigen Standort.
12. Die bestehenden Bänke sind in die Planung zu integrieren und ggf. auszubessern und zu ergänzen.

Es ist sicherzustellen, dass sich die Instandsetzungen innerhalb des Gesamtbudgets gemäß Haushalt 2019 befinden. Sollte dies nicht möglich sein, ist in der Drucksache darzustellen, unter Verzicht welcher Maßnahmen die Einhaltung des Budgets möglich wäre. Es ist darüber hinaus zu prüfen, ob Fördermittel akquiriert werden können.

Es ist mit Vorlage der Planung darzustellen, welcher zukünftige Pflegeaufwand entstehen wird, um die Anlage in einem guten Zustand zu erhalten und welche Pflege beim Städteservice bisher vereinbart ist.



Begründung:

Die Opelvillen erfüllen mit ihrem Programm und der vielfältigen Kulturarbeit eine herausragende Rolle in der städtischen Kulturpolitik. Die Ausstellungen der Opelvillen finden überregional Beachtung und sind Anziehungspunkt für Besucher aus der Region und darüber hinaus. Leider entspricht der Außenbereich nicht der Bedeutung der Opelvillen. Dies soll mit diesem Antrag korrigiert werden. Der Antrag versucht die offensichtlichen Mängel im Außenbereich zu beseitigen.

Sanaa Boukayeo
Fraktionsvorsitzende
SPD

Maria Schmitz-Henkes
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen

Karl-Heinz Schneckenberger
Fraktionsvorsitzender
Die Linke/Liste Solidarität

Robert Adam-Frick
Fraktionsvorsitzender
FWR/FNR



Büro Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Frau Breunig
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim



06.10.2019

Antrag zur Verweisung
Gelbe Tonnen statt Gelbe Säcke

Beschluss

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob eine Abschaffung der Gelben Säcke zu Gunsten der ausschließlichen Verwendung von Gelben Tonnen möglich ist.

Begründung:

Häufig reißen die gelben Säcke nach dem Hinausstellen auf und der Inhalt wird im Straßenraum verteilt. Die Folge ist die Vermüllung der Umwelt, insbesondere durch Plastik. Diese Vermüllung führt zu unnötigen Zusatzkosten bei der Straßenreinigung. Darüber hinaus sehen teilweise ganze Straßenzüge hierdurch unansehnlich aus und Plastikteile verbleiben im Erdreich mit ihren schädlichen Folgen.

Der Rheingau-Taunus-Kreis stellt gegenwärtig vollständig auf Gelbe Tonnen um. Ab dem 01.01.2020 gibt es dort keine Gelben Säcke mehr. Es gilt zu prüfen, ob dies auch für Rüsselsheim möglich ist.

Sanaa Boukayeo
Fraktionsvorsitzende
SPD

Maria Schmitz-Henkes
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen

Karl-Heinz Schneckenberger
Fraktionsvorsitzender
Die Linke/Liste Solidarität

Robert Adam-Frick
Fraktionsvorsitzender
FWR/FNR

Antrag Nr. 60



Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Maria Schmitz Henkes
Marktplatz 4
65429 Rüsselsheim am Main



Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Rathaus
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, den 2. September 2019

Antrag zur Verweisung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Neubauten der Stadt Rüsselsheim werden als Passivhäuser errichtet. Die erforderliche Energie für Heizung und Warmwasser wird zum weit überwiegenden Teil aus erneuerbaren Quellen umgewandelt.

Die Vertreter*innen der Stadt Rüsselsheim setzen sich im Aufsichtsrat der gewobau dafür ein, dass diese bei Neubauten Passivhäuser errichtet.

Für Grundstücke der Stadt Rüsselsheim, die zur Bebauung verkauft oder in Erbpacht vergeben werden, wird Passivhausbauweise im Kaufvertrag bzw. im Erbbaupachtvertrag zwingend vorgeschrieben.

Bei neuen Bebauungsplänen werden für Bauherrschaften und Investoren rechtzeitig Informationsveranstaltungen über die Passivhausbauweise organisiert.

Begründung:

Um die globalen Klimaziele zu erreichen und die Verpflichtungen, die Deutschland und Rüsselsheim hierzu eingegangen sind einzuhalten, sind neben vielen anderen Maßnahmen auch deutliche Einsparungen an Wärmeenergie zur Gebäudeheizung nötig. Die energiepolitischen Ziele der Bundesregierung beinhalten einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand bis zum Jahr 2050. Die Stadt Rüsselsheim und die gewobau, die sich zu 99,94 % im Eigentum der Stadt befindet, müssen dem dringenden Handlungsbedarf gerecht werden.



Bei Neubauten ist daher ein Jahres-Heizwärmebedarf von höchstens 15 kWh pro Quadratmeter und Jahr vorzuschreiben. Dieser auch Passivhausstandard genannte sehr geringe Heizwärmebedarf wird durch gute Wärmedämmung aller Umfassungsflächen (Dach, Kellerwände, Fundamente, Fenster) und eine weitgehend dichte Gebäudehülle erreicht. Zudem sorgt eine kontrollierte Wohnraumlüftung mit Filtern für gleichbleibend gute Luftqualität und verhindert Schimmelpilzbildung an den Wandflächen. Die Wärmerückgewinnung verringert in der Heizperiode Energieverluste durch Fensterlüftung. Natürlich können die Fenster weiterhin nach Wunsch geöffnet werden. Höheren persönlichen Wärmebedarf in einzelnen Räumen kann man durch entsprechende Anpassung der Temperaturregelung oder auch durch eine Zusatzheizung berücksichtigen, z. B. eine elektrische Fußbodenheizung im Bad.

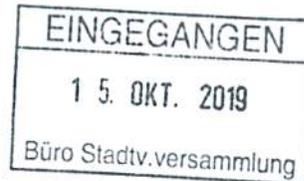
Die Mehrkosten von ca. 5 bis 8 % gegenüber dem zurzeit gesetzlich geforderten Energiestandard rentieren sich voraussichtlich nach ungefähr 15-20 Jahren, das heißt in weniger als einem Viertel der Nutzungsdauer der Gebäude. Die Finanzierung wird über günstige Kredite und Zuschüsse von KfW und WI-Bank erleichtert. Geringerer Energiebedarf bedeutet auch geringere Abhängigkeit von Preissteigerungen und von Importen wie Öl oder Gas.

Zusätzlich gilt: Dort, wo die Stadt bzw. die gewobau selbst Bauherrin ist, hat sie eine Vorbildfunktion wahrzunehmen. Wo die Stadt darüber hinaus auch Nutzerin ist, z. B. bei Kitas, hat sie auch den Nutzen der geringeren Heizkosten. Dies gilt ebenso in den Fällen, wo sie als Grundsicherungsträgerin die Kosten der Unterkunft bezahlen muss.

Maria Schmitz-Henkes
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Antrag Nr. 61



CDU Fraktion
in der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Fraktionsvorsitzender
Michael Ohlert
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Geschäftsführer
Matthias Metz
matthias.metz@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, 15. Oktober 2019

Antrag zur Verweisung

Antrag:

Der Magistrat erstellt ein Konzept, wie zukünftig mit den Überhangflächen auf den Rüsselsheimer Friedhöfen, die für Bestattungen nicht mehr benötigt werden, umgegangen wird. Insbesondere ist beim Waldfriedhof die Erhaltung des Parkcharakters zu berücksichtigen.

Begründung:

Aktuell werden 40% der Flächen der Friedhöfe nicht mehr für Bestattungen benötigt. Die Kosten für die Pflege dieser sogenannten Überhangflächen dürfen nicht als Gebühr auf die Nutzungsberechtigten von Grabflächen umgelegt werden. Es muss daher im Interesse der Verwaltung sein, möglichst effizient zu arbeiten und gleichzeitig die besondere Funktion der Friedhöfe als Grüne Oasen in der Stadt sicherzustellen.



Michael Ohlert
CDU Fraktion

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Antrag Nr. 62

EINGEGANGEN
15. OKT. 2019
Büro Stadtver.versammlung

CDU Fraktion
in der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Fraktionsvorsitzender
Michael Ohlert
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Geschäftsführer
Matthias Metz
matthias.metz@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, 15. Oktober 2019

Antrag zur Verweisung

Antrag:

1. Der Magistrat setzt sich beim Land Hessen dafür ein, dass eine gesetzliche Regelung geschaffen wird, die die Kosten des Betriebes eines kommunalen Krankenhauses in der Kreisumlage berücksichtigt. Dies könnte ähnlich zur Systematik der Schulumlage geschehen.
2. Sollte der Landesgesetzgeber die Möglichkeit der Reduzierung der Kreisumlage für den Betrieb eines Krankenhauses schaffen, ist dieser Betrag jährlich als Investitionskostenzuschuss an das GPR-Klinikum zu übertragen.

Begründung:

Es ist nicht nachzuvollziehen, warum die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung im Kreis Groß-Gerau durch das GPR-Klinikum bei der Kreisumlage nicht berücksichtigt wird. Das Kreiskrankenhaus bietet viele Formen der Versorgung, unter anderem jetzt auch den Betrieb einer Gynäkologie mit der Möglichkeit zur Entbindung, nicht an. Das GPR-Klinikum hat damit faktisch die Funktion einer Kreisklinik übernommen. Dies muss sich in einer angemessenen Reduzierung der Kreisumlage für die Stadt Rüsselsheim widerspiegeln.



Michael Ohlert
CDU Fraktion

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Antrag Nr. **G3**

EINGEGANGEN
15. OKT. 2019
Büro Stadtv.versammlung

CDU Fraktion
in der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Fraktionsvorsitzender
Michael Ohlert
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Geschäftsführer
Matthias Metz
matthias.metz@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, 15. Oktober 2019

Antrag zur Verweisung

Antrag:

1. Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht vor, der erläutert, welche Rüsselsheimer Straßenkreuzungen als Unfallschwerpunkte gelten.
2. Der Magistrat prüft, ob der Einsatz von Lasersäulen an diesen Kreuzungen sinnvoll ist.
3. Der Magistrat erläutert, wie hoch die Kosten dieser Lasersäulen jeweils sind.

Begründung:

Häufig zu beobachtende Rotlichtverstöße und zu schnelles Fahren im Kreuzungsbereich stellen eine Gefahr für alle Verkehrsteilnehmer dar.



Michael Ohlert
CDU Fraktion

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Antrag Nr. 64

EINGEGANGEN
1 5. OKT. 2019
Büro Stadtv.versammlung

CDU Fraktion
in der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Fraktionsvorsitzender
Michael Ohlert
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Geschäftsführer
Matthias Metz
matthias.metz@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, 15. Oktober 2019

Antrag zur Verweisung

Antrag:

1. Der Magistrat legt eine Drucksache zur Ertüchtigung der sanitären Anlagen und Umkleiden im Stadion am Sommerdamm vor.
2. Der Magistrat prüft, ob durch Marketingmaßnahmen (Sponsoring o.Ä.) der Betrieb des Stadions am Sommerdamm teilweise finanziert werden.

Begründung:

Die Sanitären Anlagen im Stadion befinden sich in unterschiedlichen baulichen Zuständen. Eine regelmäßige, bedarfsgerechte Sanierung sorgt für den Erhalt der Sportanlage und verhindert mittelfristig größere Ausgaben durch Sanierungsstau.



Michael Ohlert
CDU Fraktion

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Antrag Nr. 65



CDU Fraktion
in der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Fraktionsvorsitzender
Michael Ohlert
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Geschäftsführer
Matthias Metz
matthias.metz@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, 15. Oktober 2019

Antrag zur Verweisung

Antrag:

1. Der Magistrat bittet einen Vertreter der Polizeistation Rüsselsheim darum, in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses über die dreimonatige Videoüberwachung am Bahnhofsplatz zu berichten.
2. Der Magistrat erarbeitet gemeinsam mit der Landespolizei ein Konzept, ob und wie die Installierung einer Videoüberwachung in Rüsselsheim zur Verbesserung Sicherheit für die Bürger beitragen kann.
3. Der Magistrat prüft die Möglichkeit der Verlängerung der Dienstzeit der Stadtpolizei in die Nachtstunden auf 24 Uhr.
4. Der Magistrat prüft im Rahmen der Möglichkeit der Dienstzeitverlängerung die Notwendigkeit der Aufstockung der persönlichen Ausrüstung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten.
5. Der Magistrat setzt sich beim Land Hessen dafür ein, dass bei einer Novellierung des HSOG die Möglichkeit zum Einsatz von Bodycams für Stadtpolizisten geschaffen wird.
6. Der Magistrat setzt sich dafür ein, die bisher getrennten Funknetze von Landes- und Stadtpolizei miteinander zu vernetzen.
7. Der Magistrat prüft die Anschaffung eines Transporters als Ersatz oder Ergänzung als Dienstfahrzeug für die Stadtpolizei, um ein ordentliches Arbeiten bei Kontrollen des fließenden Verkehrs zu ermöglichen.
8. Der Magistrat prüft die Anschaffung eines EC/Kreditkarten Lesegerätes, damit Bußgelder insbesondere von ausländischen Fahrzeugführern direkt kassiert werden können.

9. Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht vor, der erläutert, ob die Nutzung des Palais Verna durch die Stadtpolizei/Ordnungsamt brandschutzrechtlich zulässig ist und die Arbeitsstättenverordnung eingehalten wird.
10. Der Magistrat prüft die Unterbringung der Stadtpolizei und des Ordnungsamtes an einem neuen Standort.

Begründung:

Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in Rüsselsheim ist eine angemessene Ausstattung der Stadtpolizei und des Ordnungsamtes unerlässlich.

Die aktuell genutzten Räumlichkeiten im Palais Verna erscheinen für den Zweck vollkommen ungeeignet. Getrennte Umkleide- und Duscmöglichkeiten sind nicht vorhanden, Büros überbelegt, die Fahrzeuge an einem anderen Standort untergebracht und eine Barrierefreiheit nicht gegeben.



Michael Ohlert
CDU Fraktion

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Antrag Nr. 66



CDU Fraktion
in der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Fraktionsvorsitzender
Michael Ohlert
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Geschäftsführer
Matthias Metz
matthias.metz@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, 15. Oktober 2019

Antrag zur Verweisung

Antrag:

1. Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht zur Möglichen Schaffung durch horizontale und vertikale innerstädtische Nachverdichtung vor.
2. Es wird erläutert, durch welche Maßnahmen dieses Ziel erreicht werden kann und ob und welche Bebauungspläne angepasst werden müssen.

Begründung:

Die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum ist dringend erforderlich. Die horizontale und vertikale Nachverdichtung in bereits bestehenden Wohngebieten stellt eine Möglichkeit dar, bei bereits vorhandener Infrastruktur Wohnraum zu schaffen.



Michael Ohlert
CDU Fraktion

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Antrag Nr. 67



CDU Fraktion
in der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Fraktionsvorsitzender
Michael Ohlert
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Geschäftsführer
Matthias Metz
matthias.metz@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, 15. Oktober 2019

Antrag zur Verweisung

Antrag:

1. Der Magistrat prüft die Möglichkeit auch in Rüsselsheim die Dächer von Bushaltestellen zu begrünen und so Mini-Wiesen für Bienen und Insekten zu schaffen.
2. Der Magistrat legt einen Zeit- und Kostenplan zur Umsetzung vor.
3. Der Magistrat prüft die Möglichkeit Fördermittel zu akquirieren.

Begründung:

Die begrüneten Dächer sollen Raum für Bienen, Hummeln und andere Insekten schaffen. Auf diese Weise soll aktiv etwas für die Artenvielfalt in Rüsselsheim getan werden. Da die Dächer der Bushaltestellen nicht so hoch wie viele andere Flachdächer sind, herrschen durch wenig Wind und gute Sonneneinstrahlung beste Voraussetzungen, um den Insekten ein zusätzliches Nahrungsangebot zu ermöglichen. Zur Begrünung geeignete Sedum-Arten sind bei heimischen Bienen und Hummeln äußerst beliebt, filtern Feinstaub aus der Luft und sind ein guter Regenwasserspeicher. Sie müssen daher selten gegossen werden und spenden an heißen Tagen Abkühlung.



Michael Ohlert
CDU Fraktion

Antrag Nr. 69

WsR-Fraktion
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Telefon: 0157 383 62 115
E-Mail: fraktion@wirsindruesselsheim.de



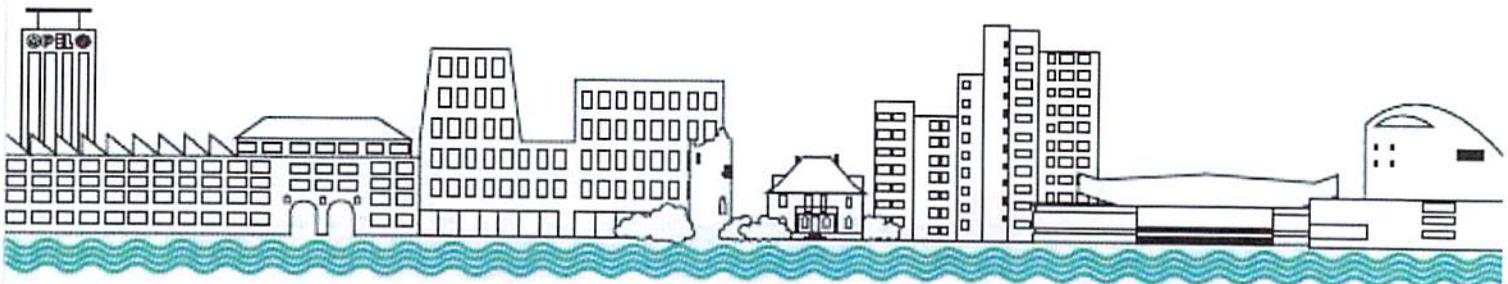
Rüsselsheim am Main, den 15.10.2019

Antrag nach §18 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim zur Verweisung in der Sitzung am 24.10.2019

Antrag Aktionsplan Waldschwimmbad

Der Magistrat stellt in einer Drucksache die zukünftige Entwicklung des Waldschwimmbades dar. Insbesondere soll die Drucksache Lösungsmöglichkeiten für folgende Sachverhalte aufzeigen:

1. Renovierung der Toiletten und Umkleidekabinen. Zeit- und Kostenplan.
2. Reinigung der Toiletten und Umkleidekabinen während des Betriebes, insbesondere in den Stoßzeiten. Eine Verpachtung der Anlage oder Übertragung an einen privaten Anbieter ist zu prüfen. Ebenso die Sicherstellung der Anwesenheit einer Reinigungsfachkraft.
3. Zukünftige Parkplatzsituation nach dem Wegfall des derzeitigen Parkplatzes durch die Kitaerweiterung Amselstraße.
4. Überwachung des ruhenden Verkehrs im Wohngebiet Horlache.
5. Ausbau der Stellplätze für Fahrräder. Schaffung von Lademöglichkeiten für E-Bikes.
6. Verbesserung der Anbindung des Waldschwimmbades an den ÖPNV, bzw. verbesserte Beschilderung und Bewerbung der jetzigen Anbindung.



7. Unter welchen Umständen können Fördermittel für die erforderlichen Maßnahmen aus dem Schwimmbadinvestitionsprogramm (SWIM) des Landes akquiriert werden?

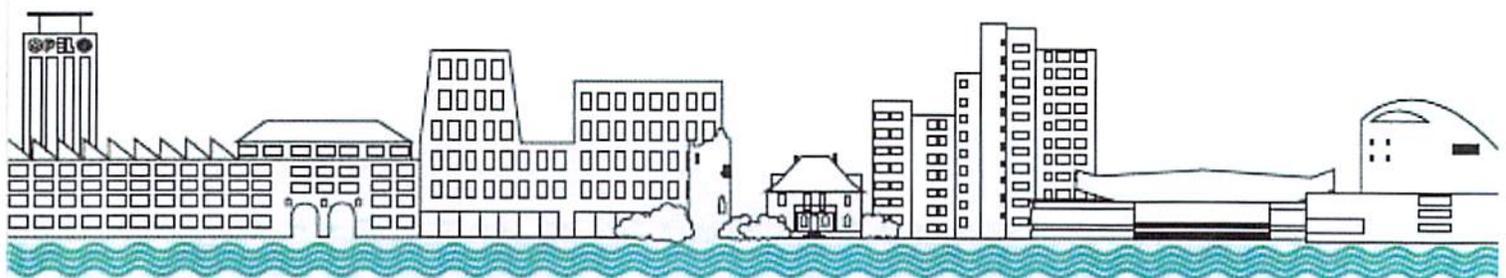
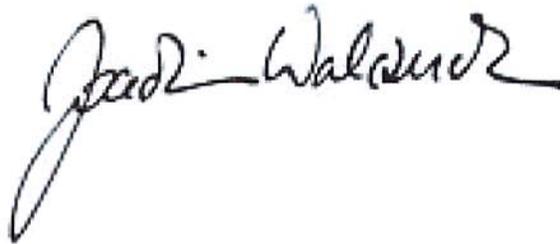
<http://innen.hessen.de/sport/sportstaettenbau/schwimmbadinvestitionsprogramm-swim>

Begründung:

Sport ist Staatsziel in Hessen und Rüsselsheim ist Sportstadt. Wir sind zu Recht stolz auf diesen Titel. Und dennoch ist die Situation des Schwimmsportes in unsere Stadt nach der Schließung des Opel Bades und dem Abriss des Freizeitbades weiterhin prekär. Das Waldschwimmbad hat in den vergangenen Jahren eine wichtige Ausweichfunktion für viele Rüsselsheimer Schwimmfreunde eingenommen und ist dadurch wieder stärker in das Bewusstsein der Bevölkerung gerückt und ist von zentraler Bedeutung für die Ausbildung von Rettungskräften und die Erholung der Rüsselsheimerinnen und Rüsselsheimer.

Allerdings ist der in den vergangenen Jahrzehnten aufgelaufene Sanierungstau nicht mehr zu übersehen. Zudem erfordert der Wegfall der Parkplätze im Bereich der Kita Amselstraße rasches und zupackendes Handeln. Schon heute ist die Parkplatzsituation den Bewohnern des Wohngebietes Horlache nicht mehr zu zumuten und bedarf dringender Regelung.

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim



Antrag Nr. 70

WSR-Fraktion
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Telefon: 0157 383 62 115
E-Mail: fraktion@wirsindruesselsheim.de



Rüsselsheim am Main, den 15.10.2019

**Antrag nach §18 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung
Rüsselsheim zur Verweisung in der Sitzung am 24.10.2019**

Antrag Einrichtung einer Kita für Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter am GPR

Der Magistrat prüft gemeinsam mit dem GPR die Einrichtung einer Kindertagesstätte mit erweiterten Öffnungszeiten für im Schichtdienst Beschäftigte.

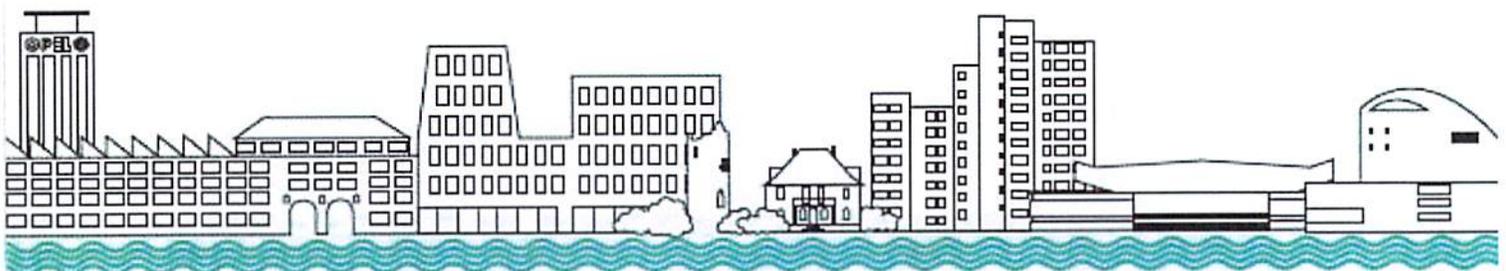
Die Prüfung soll mindestens folgende Punkte enthalten und wird nach Abschluss der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt:

- a) Wie hoch wird der Bedarf für eine solche Einrichtung geschätzt? Bezogen auf die Mitarbeiter des GPR und auf alle Kitanutzer.
- b) Welche Größe der Kita wäre sinnvoll?
- c) Ist die Einrichtung einer solchen Kita auf dem Gelände oder in den vorhandenen Liegenschaften des GPR möglich?
- d) Wäre es möglich, die Einrichtung für alle Kitanutzer und nicht nur für Beschäftigte des GPR Klinikums zu öffnen?
- e) Wie hoch wären die geschätzten Kosten für die Einrichtung einer solchen Kita?
- f) Sind Angebote von freien Trägern für ein solches Angebot vorhanden?
- g) Können hierfür Mittel aus dem Bundesprogramm Kitaplus abgerufen werden?
<https://kitaplus.fruehe-chancen.de/>

Begründung:

Das moderne Arbeitsleben lässt sich nicht mehr in Schablonen pressen, oftmals variieren Arbeitszeiten von Job zu Job, von Arbeitgeber zu Arbeitgeber.

Gerade für Alleinerziehende stellt die Kombination von Schichtarbeit und Kinderbetreuungszeiten eine oftmals kaum zu überwindende Hürde dar. Dies ist umso schwerwiegender, als dass gerade in typischen Frauenberufen, wie der Krankenpflege,



dringend Arbeitskräfte gesucht werden. Eine Kita direkt beim Arbeitgeber ist auch ein starkes Argument im Wettbewerb um qualifiziertes Personal

Der Bund hat hierfür extra ein eigenes Förderprogramm aufgelegt:

„Im Januar 2016 ist das neue Bundesprogramm „KitaPlus: Weil gute Betreuung keine Frage der Uhrzeit ist“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gestartet. Mit dem Programm fördert das Bundesfamilienministerium erweiterte Betreuungszeiten in Kitas, Horten und in der Kindertagespflege, um Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.“

<https://kitaplus.fruehe-chancen.de/>

Viele Städte haben hierauf bereits reagiert und 24 bzw. 17 Stunden Kitas eingerichtet.

NDR Bericht: „24-Stunden-Kitas. Wenn Eltern nachts arbeiten“ über die Kita WABE

https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/die_reportage/Wenn-Eltern-nachts-arbeiten,sendung730932.html

Hamburg. 24 Stunden Kita WABE

<https://www.wabe-hamburg.de/ueber-wabe/>

SWR Bericht über eine 17 Stunden Kita in Wittlich:

<https://www.swr.de/heimat/mosel-saar/17-Stunden-Kita-in-Wittlich,av-01043119-100.html>

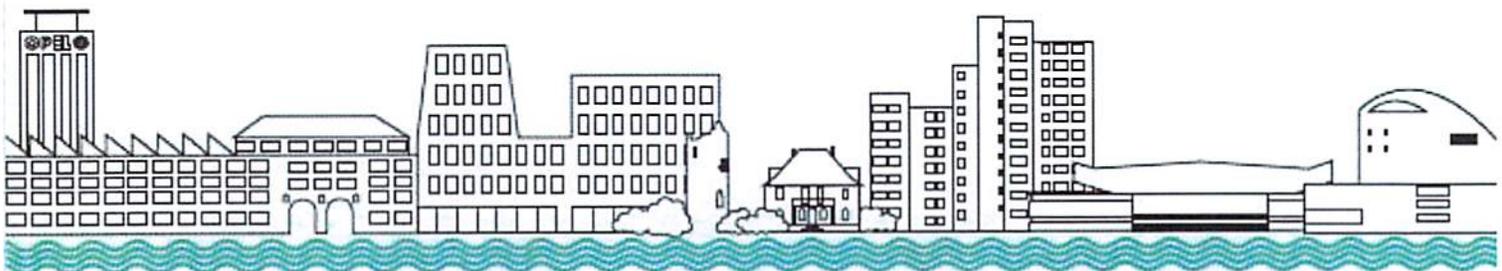
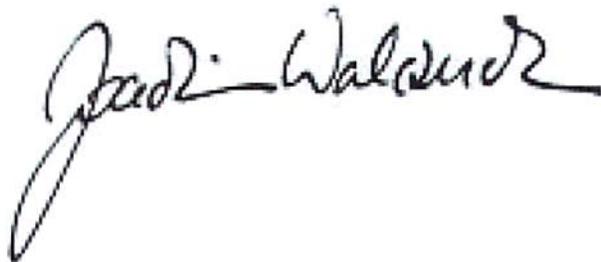
Spiegel Bericht: „24-Stunden-Kita. Wenn Mama zur Nachtschicht muss“

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/24-stunden-kita-hilft-eltern-mit-schichtdienst-a-837116.html>

Nidulus Kita in Schwerin auf dem Gelände der Helios Kliniken.

<https://www.kita-ggmbh.de/nidulus-duo.html>

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim



Antrag Nr. 72

WsR-Fraktion
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Telefon: 0157 383 62 115
E-Mail: fraktion@wirsindruesselsheim.de



Rüsselsheim am Main, den 15.10.2019

**Antrag nach §18 der Geschäftsordnung der
Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim zur Verweisung in der
Sitzung am 24.10.2019**

Beteiligung am Projekt des Kreises zur Umstellung des ÖPNV auf Brennstoffzellen-Busse

Der Magistrat stellt gemeinsam mit den Stadtwerken die Rahmenbedingungen und Kosten für eine mögliche Beteiligung der Stadt Rüsselsheim am Projekt des Kreises für einen emissionsfreien Busverkehr dar.

https://www.echo-online.de/lokales/kreis-gross-gerau/kreis-gross-gerau/kreis-gross-gerau-setzt-bei-bussen-auf-brennstoffzellen_19055093#

Begründung:

Es ist ratsam bei einem so komplexen und kostenintensiven Vorhaben wie der Verkehrswende im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit mit starken Partnern zu kooperieren.

Zudem halten wir es für ratsam, hierbei nicht ausschließlich auf batterieelektrische Antriebsformen zu setzen, sondern auch der Wasserstofftechnologie, die nach Meinung vieler Experten gerade für schwerere Fahrzeuge und im längeren Betrieb, die überlegene Antriebsform ist, auch in Rüsselsheim einen breiteren Raum zu geben.

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Jodi Walander". The signature is fluid and cursive.



An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

CDU Fraktion
in der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Fraktionsvorsitzender
Michael Ohlert
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Geschäftsführer
Matthias Metz
matthias.metz@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, 23. Oktober 2019

Änderungsantrag zur Drucksache 588/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

- 1.) der Haushaltsbegleitantrag Nr. 22 noch nicht als erledigt angesehen wird.
- 2.) im Kulturprofil der Punkt „Vermarktung des Theaters für Kongresse, Messen und Events“ hinzugefügt wird.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Michael Ohlert
CDU Fraktion

Die Linke / Liste Solidarität
Fraktionsbüro 314
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Tel. Heinz-Jürgen Krug: (06142) 561445
E-Mail: fraktion@liste-solidaritaet.de

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

23.10.2019

An das
Büro der Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Fr. Breunig

Aktualisierter Antrag zur Besetzung der AG Dialog Schulentwicklung
(zu TOP 13 der Stadtverordnetenversammlung am 24.10.2019 ; ändert den Inhalt des Antrags vom 11.9.2019)

In die Arbeitsgruppe „Dialog Schulentwicklung“ werden mit Wirkung zum nächsten Treffen Arbeitnehmervvertreter*innen (je eine Vertreterin/ein Vertreter der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Kreisverband Groß-Gerau und des Hessischen Philologenverbands) aufgenommen.

Begründung:

Dass dies bisher nicht geschehen ist, kann eigentlich nur ein versehentliches Versäumnis sein. Dieser Fehler ist schnellstmöglich zu beheben.

Für die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität



Heinz-Jürgen Krug

Fraktion
Rüsselsheim



DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT



An das
Büro der Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Fr. Breunig
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main



14.10.2019

Antrag „Sicherer Hafen“ Rüsselsheim (zur Behandlung in der Stadtverordnetenversammlung am 24.10.2019)

Die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim

- a) verurteilt die zunehmende Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung und alle juristischen und politischen Initiativen, mit denen Aktivist*innen daran gehindert werden sollen, Menschen in Seenot vor dem Ertrinken zu retten.
- b) beschließt, dass der Magistrat die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicher stellt.
- c) fordert die hessische Landesregierung auf, über eine Bundesratsinitiative zu einer Bund-Länder-Vereinbarung für eine direkte Aufnahme von aus Seenot Geretteten von Bord in die aufnahmewilligen Kommunen und Gemeinden zu kommen. Die Aufgenommenen sollen dabei rechtlich und finanziell gleichgestellt werden und den Zugang zu einem fairen, rechtsstaatlichen Asylverfahren erhalten.
- d) beschließt, dass die Stadt Rüsselsheim am Main dem kommunalen Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ beitrifft und die „Potsdamer Erklärung“ unterzeichnet, mit dem die Kommunen ihre Bereitschaft erklären, die „aus Seenot Geretteten zusätzlich aufzunehmen“.

Begründung:

Die Situation auf dem Mittelmeer ist für flüchtende Menschen nach wie vor dramatisch. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren hat sich die Situation durch eine zunehmende Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung, immer wieder stattfindende Blockaden ziviler Rettungsschiffe und das Auslaufen der EU-Mission Sophia verschärft.

Dazu kommen die anhaltenden und intensiven Kämpfe im Haupttransitland Libyen. Seit dem Jahr 2014 sind mehr als 9.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken, im laufenden Jahr starben mindestens 569 Menschen.

Der Schiffsverkehr ist in der Such- und Rettungszone (SAR-Zone) vor der libyschen Küste fast vollständig zum Erliegen gekommen. Handelsschiffe umfahren die Zone, um Situationen zu vermeiden, in denen sie ihrer seemännischen Pflicht zur Hilfe für in Seenot Geratene in internationalen Gewässern nachkommen müssen. Notrufe werden von Handels- und Marineschiffen ignoriert. Auch von der durch EU-Mittel unterstützten sogenannten libyschen Küstenwache sind kaum Aktivitäten zur Rettung in Seenot geratener Menschen erkennbar. Regelmäßig versuchen staatliche Institutionen europäischer Staaten die notwendige Arbeit von Seenotretter*innen rechtswidrig zu blockieren.

Wir wollen flüchtende Menschen nicht ertrinken lassen!

Im gesamten Bundesgebiet haben sich deshalb Städte und Kommunen zu sicheren Häfen erklärt, um dem unhaltbaren Zustand auf dem Mittelmeer im Rahmen ihrer Möglichkeiten entgegenzuwirken und das migrationspolitische Versagen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsländer zu dokumentieren. Das Bündnis „Städte sicherer Häfen“ soll den Forderungen der Kommunen nach einer schnellen, humanen und solidarische Aufnahmepolitik Deutschlands angesichts der Notlage im Mittelmeer mehr Nachdruck und der Solidarität mit Menschen auf der Flucht, der SEEBRÜCKE und der zivilen Seenotrettung deutlichen Ausdruck verleihen. Das Bündnis fordert von „der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die schnellstmögliche Zusage, dass wir aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten auch aufnehmen können.“



Sanaa Boukayeo
Fraktionsvorsitzende
SPD



Maria Schmitz-Henkes
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grünen



Karl-Heinz Schneckenberger
Fraktionsvorsitzender
Die Linke/Liste Solidarität



Adnan Dayankac
Forum Neues
Rüsselsheim

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main



**CDU Fraktion
in der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main**

Fraktionsvorsitzender
Michael Ohlert
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Geschäftsführer
Matthias Metz
matthias.metz@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, 15. Oktober 2019

Antrag zur sofortigen Beschlussfassung

Antrag:

1. Der Magistrat legt unverzüglich einen verbindlichen Zeitplan zur Vorlage des Sportentwicklungsplanes sowie der Fortschreibung der Richtlinien zur Sportlerehrung vor.
2. Der Magistrat berichtet in einer eigenständigen Drucksache, in welchem Zustand sich die Rüsselsheimer Sport- und Fußballplätze befinden und wann diese in Zukunft saniert bzw. erneuert werden müssen.

Begründung:

Die Vorlage des Sportentwicklungsplanes sowie die Fortschreibung der Richtlinien zur Sportlerehrung sind bereits lange überfällig und wurden trotz mündlicher Nachfragen bisher nicht vorgelegt. Mit Hinweis auf die Geschäftsordnung wird der Magistrat auf die Erledigung dieser Aufgabe erneut hingewiesen.

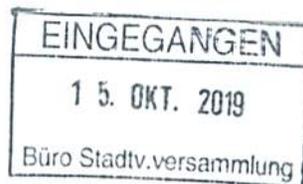
Für eine sachgerechte Finanzplanung im Bereich Sport ist ein Zustandsbericht über die Sportanlagen unerlässlich.



Michael Ohlert
CDU Fraktion

WsR-Fraktion
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Telefon: 0157 383 62 115
E-Mail: fraktion@wirsindruesselsheim.de



Rüsselsheim am Main, den 15.10.2019

Antrag nach §18 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim zur Beschlussfassung in der Sitzung am 24.10.2019

Übergreifende ÖPNV-Initiative im Rhein-Main-Gebiet zur Einführung eines 365-Euro Tickets

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

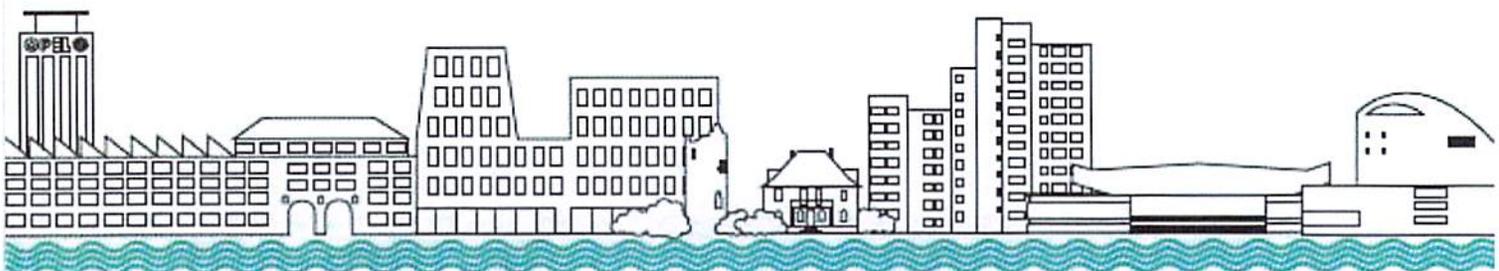
1. Der Magistrat setzt sich umgehend mit dem Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling in Verbindung und bekundet das Interesse der Stadt Rüsselsheim an einer Teilnahme an dem von ihm vorgeschlagenen Modellprojekt.
2. Gemeinsam mit den Stadtwerken stellt der Magistrat die Rahmenbedingungen und voraussichtlichen Kosten für eine Beteiligung an dieser Initiative dar und legt das Ergebnis der Prüfung der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vor.

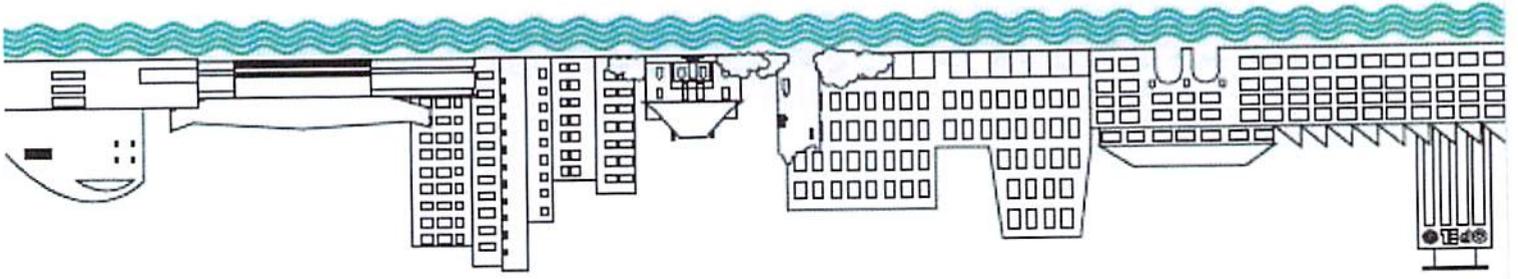
Begründung:

Der Individualverkehr stößt schon jetzt im Rhein-Main-Gebiet oftmals an seine Grenzen.

Ein Ausbau des ÖPNV und eine stärkere Nutzung ist unumgänglich, wenn wir auch in Zukunft Mobilität und wirtschaftliches Wachstum in der Region sicherstellen wollen. Die Einführung eines 365 Euro Tickets würde gerade für Pendlerinnen und Pendler die Mobilitätskosten direkt und ohne Umweg über die Steuererklärung massiv senken. Gerade auch in den Niedriglohnbranchen, in denen eben kein Jobticket Teil des Arbeitsvertrages ist.

Mobilität bedeutet aber auch Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Viele Menschen sind heute aufgrund der SPD Agenda Politik hiervon ausgeschlossen. Nicht ohne Grund bezeichnet der Oberbürgermeister von Wiesbaden, Gert-Uwe Mende, die Einführung einer derartigen Flatrate für Bus und Bahn zu Recht als „echte sozialpolitische Errungenschaft“ und „wichtigen Baustein der Verkehrswende“.





Andreas Walsdorf

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim

<https://www.sueddeutsche.de/politik/kommunen-wiesbaden-wiesbaden-will-modellregion-fuer-365-euro-ticket-werden-dpa,urn-newsml-dpa-com-20090101-191014-99-292035>

Die Aufforderung des Mainzers Oberbürgermeisters Michael Ebling an andere Kommunen im Rhein-Main Gebiet sich an einem Modellprojekt für ein 365 Euro Ticket zu beteiligen sollte auch von Rüsselsheimer Seite begrüßt und als Aufforderung verstanden werden, sich stärker als bisher hierfür einzusetzen und sich früh am Prozess zu beteiligen.

Magistrat der Stadt Rüsselsheim
Herr Stadtrat
Nils Kraft
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

17. Oktober 2019

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Telefon	Telefax	E-Mail
	GF KR/sn	06192 / 294 100	06192 / 294 940	k_ringat@rmv.de

Klimaschutzziele im Verkehrsbereich

Sehr geehrter Herr Kraft,

die aktuellen Erfordernisse zum Klimaschutz verlangen vor allem im Verkehrssektor nach Rahmenbedingungen, unter denen mehr Menschen einen leistungsstarken ÖPNV nutzen können.

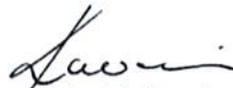
In diesem Sinne haben wir mit unseren beiden Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn Oberbürgermeister Peter Feldmann und Herrn Landrat Ulrich Krebs, das anliegende Schreiben im Namen der gesamten Verbundfamilie des RMV an Herrn Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer und in Kopie an Frau Bundesumweltministerin Svenja Schulze gesendet. Ziel ist es, unser gemeinsames Interesse an der Umsetzung eines der 10 Modellprojekte, die über das Klimapakett der Bundesregierung in Aussicht gestellt wurden, zu adressieren.

Die 365-Euro-Modellprojekte des Klimakabinetts sind eine spannende Idee, um durch den Test einer günstigen Flatrate für alle dem Klimaschutz weitere Impulse zu geben. Solche Projekte haben jedoch eine umso größere Wirkung, wenn sie ganzheitlich und im Sinne der Fahrgäste über Stadt- und Tarifgrenzen hinweg gedacht werden. In unserer Strategie „Mobilität 2030“ haben wir daher die Kombination von einfachen Flatrate-Tickets und entfernungsbasierten Tarifen dargestellt und arbeiten kontinuierlich weiter an deren Umsetzung. Dazu gehört auch ein Konzept, wie die gesamte Region von einem 365-Euro-Modellversuch profitieren könnte. Sollte es uns nicht gelingen, die gesamte Region für dieses Projekt zu gewinnen, besteht die Gefahr von neuen Tarifgrenzen, die aus Kundensicht gerade in einer eng verflochtenen Pendlerregion nachteilig wären. Genau aus dieser Betrachtung heraus ist die Bewerbung für den gesamten Verbundraum an den Bund einzuordnen.

Für Fragen und weitere Abstimmungen in Bezug auf diesen Regionalansatz stehen wir gerne jederzeit zur Verfügung und verbleiben bis dahin mit den allerbesten Grüßen



Prof. Knut Ringat
Geschäftsführer und
Sprecher der Geschäftsführung



Dr. André Kavai
Geschäftsführer

Anlage

Geschäftsführung

RMV | Postfach 14 27 | 65704 Hofheim a. Ts.

Herrn Bundesminister
 Andreas Scheuer
 Bundesministerium für Verkehr und digitale
 Infrastruktur
 Invalidenstraße 44
 10115 Berlin

15. Oktober 2019

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Telefon	Telefax	E-Mail
		06192 / 294 100	06192 / 294 940	k_ringat@rmv.de

Sehr geehrter Herr Minister,
 lieber Herr Scheuer,

die aktuellen Anforderungen zum Klimaschutz aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik verlangen Rahmenbedingungen, unter denen mehr Menschen mit dem ÖPNV befördert werden. Wichtig ist vor allem der Umstieg vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV zur Reduzierung der Schadstoffbelastungen. Mit seinem Konzept RMV-Mobilität 2030 hat der Rhein-Main-Verkehrsverbund eine strategische Antwort auf die bestehenden Herausforderungen an den ÖPNV in der Region FrankfurtRheinMain formuliert.

Mobilität macht nicht an Verbund- Landes- oder Stadtgrenzen halt. Der Mobilitätsbedarf in den Ballungsraum Rhein-Main hinein weitet sich aufgrund knappen Wohnraums und steigender Mieten aus. Die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen werden zugleich vielfältiger. Auf einer einheitlichen Plattform muss einfach, transparent und sicher die gesamte Wegekette gestaltbar sein. Für das Funktionieren des Gesamtsystems sind eine gute Qualität und attraktive Tarifangebote die Grundvoraussetzung und spielen die entscheidende Rolle bei der Verkehrsmittelwahl. Neben der Nutzung neuer Technologien wie eMobilität oder Brennstoffzellen ist die Kundeninformation das Schlüsselthema zur Verbesserung der Qualität. Eine schnellere Umsetzung von Infrastrukturprojekten ist dringend erforderlich.

Dem allem muss das Angebot gerecht werden. So soll auch die Finanzierung dem politischen Stellenwert des ÖPNV Rechnung tragen. Im Ergebnis wird nur ein attraktiver Tarif zum Umstieg auf den ÖPNV und zur Verkehrswende sowie den Klimazielen im Verkehrsbereich wesentlich beitragen.

Bei einem tragfähigen Modell geht es sowohl um das Ballungszentrum, aber ebenso um den gesamten Ballungsraum. Dabei sind die Belange des urbanen und ländlichen Raumes gleichermaßen zu berücksichtigen. Die große Zahl der Pendlerfahrten aus dem Umland sogar ländergrenzen-übergreifend aus Bayern und Rheinland-Pfalz in die Metropolregion FrankfurtRheinMain trägt ein großes Potential zur Reduzierung der CO₂-Werte. Zielführend ist daher aus unserer Sicht ein Ansatz, mit dem der RMV-Tarif für alle Bürger der Region FrankfurtRheinMain deutlich attraktiviert werden kann und zusätzlich deutliche Anreize zum Umstieg auf den ÖPNV insgesamt geschaffen werden. Hierbei könnte ein Ansatz bei einer sehr preisattraktiven Basiskarte als Zugang zum System liegen zum Beispiel für 365 Euro im Jahr in Verbindung mit einer Staffelung qualitäts- wie entfernungsmaßig gegenüber dem heutigen Niveau abgesenkter Fahrpreise. Die Bündelung der Anstrengungen des Bundes im Rahmen eines

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH

Alte Bleiche 5
 65719 Hofheim a. Ts.
 T 0 61 92 / 2 94 - 0
 F 0 61 92 / 2 94 - 9 00
 www.rmv.de

Aufsichtsratsvorsitzender
 Oberbürgermeister
 Peter Feldmann

Geschäftsführer und
 Sprecher der Geschäftsführung
 Prof. Knut Ringat
 Geschäftsführer
 Dr. André Kaval

Sitz: Hofheim am Taunus
 Registergericht
 Amtsgericht Frankfurt a. M.
 HRB 34126
 USt-IdNr. DE 11 384 7810

Bankverbindung
 Taunus-Sparkasse
 DEB1 5125 0000 0025 0962 66
 SWIFT-BIC: HELADEF1TSK

ÖPNV-Anschluss
 Schiene: S2, Linie 20 bis
 Bahnhof Hofheim a. Ts.

Modellprojektes sowie des Landes und der Kommunen kämen so bei Bürgern in Stadt und Region spürbar an.

Der Wirtschaftsstandort Frankfurt hat täglich fast 400.000 Einpendler und über 100.000 Auspendler, sodass die Überlegungen zur Reduzierung der Schadstoffbelastung bzw. zur „Verkehrswende“ an Stadtgrenzen nicht enden dürfen. Die Belastung der auf FrankfurtRheinMain zuführenden Bundesautobahnen ist eine der höchsten im Land. Die Stadt Frankfurt als Pendlerhauptstadt Deutschlands und die Region FrankfurtRheinMain sind mit dem RMV aus diesem Grund für ein übergreifendes Modellprojekt prädestiniert.

Gerne stehen der Rhein-Main-Verkehrsverbund und die Metropolregion FrankfurtRheinMain mit einem Gesamtkonzept einer nachhaltigen, CO₂-sparenden, tariflichen Neugestaltung als Modellregion zur Verfügung. Mit diesem Brief möchten wir Ihnen, lieber Herr Scheuer, das Interesse der gesamten Region deutlich machen und freuen uns über eine positive Rückmeldung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Peter Feldmann'.

Peter Feldmann
Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt
und Aufsichtsratsvorsitzender RMV GmbH

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ulrich Krebs'.

Ulrich Krebs
Landrat des Hochtaunuskreises
und stv. Aufsichtsratsvorsitzender RMV GmbH

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Knut Ringat'.

Prof. Knut Ringat
Geschäftsführer und
Sprecher der Geschäftsführung RMV GmbH

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dr. André Kawai'.

Dr. André Kawai
Geschäftsführer RMV GmbH

Resolutionsantrag zur Situation bei PSA/Opel und Zulieferfirmen (zur Behandlung in der Stadtverordnetenversammlung am 24.10.2019)

Die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim am Main unterstützt die Resolution von Bürgermeistern des Kreises Groß-Gerau, des Landrats und von Bundes- und Landtagsabgeordneten mit der Kritik am PSA-Konzern und der Opel-Geschäftsleitung.

Insbesondere kritisiert die Stadtverordnetenversammlung:

- Die Nichterfüllung der Opel-Tarifverträge, in denen sich PSA/Opel zu Investitionen in den Erhalt von Betrieb und Beschäftigung verpflichtet.
- Das Ignorieren des Betriebsrats-Widerspruchs bei den Mitarbeiterversetzungen in Vorbereitung des Betriebsübergang zu Segula und damit das Umgehen des im November anstehenden Arbeitsgerichtstermins durch die Geschäftsleitungen von PSA/Opel durch den bereits vollzogenen Verkauf.
- Die Kündigung von Mitarbeitern, die dem Betriebsübergang widersprochen haben.

Ein Umgehen der Gerichtsbarkeit, indem beim Betriebsübergang Fakten geschaffen wurden, ehe sich Gerichte mit den Fällen befassen konnten, verurteilen wir. Ebenso wie den Tabubruch, betriebsbedingte Kündigungen auszusprechen. Opel hat jahrzehntelang Krisen bewältigt, ohne zu diesem Mittel greifen zu müssen – und auch wäre dies nicht notwendig.

Mit größter Besorgnis sieht die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim auch die Auswirkungen des Schrumpfungprozesses bei Opel auf Zulieferer und deren Subunternehmen. Die Geschäftsleitungen dieser Unternehmen nutzen die Situation aus, um massiven Druck auf die Belegschaften auszuüben und massiv Stellen zu kürzen. So beim Sitzhersteller Lear und beim Logistikunternehmen SCR Rhenus. Aber auch weitere Unternehmen, wie die Logistikfirma Trans-o-Flex nehmen sich bei der Schließung des Distribution 44-Standorts in Bischofsheim ein Vorbild an den gegenüber den Beschäftigten rüden und rücksichtslosen Methoden.

Die Beschäftigten und Betriebsräte in diesen Unternehmen sind häufig in einer noch geschwächeren Position als diejenigen bei Opel selbst, stehen nicht so im medialen Interesse und sind daher von sozialem Absturz unmittelbarer bedroht.

Angesichts dieser Situation und der ständigen Versuche der Unternehmen und ihrer Verbände, tarifvertragliche und gesetzliche Schutzregeln für die Beschäftigten zu umgehen, bekräftigt die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim ihre Solidarität mit der Gegenwehr der Beschäftigten, ihrer Betriebsräte und Gewerkschaften und mit deren Forderungen an den Gesetzgeber, die unzureichenden gesetzlichen Schutzmechanismen deutlich zu verbessern.